



**Mattias**, die Generalmajor v. Steuben, v. Wartenberg, bayerischer Generalmajor Graf v. Montglas, Generalmajor v. Hoffmann, Stein, Oberst v. Freytag-Koring, Oberst v. Gieseler, Oberstleutnant v. Oberst, Oberst v. Schwarze, Oberstleutnant v. Lubendorf, Oberstleutnant v. Großen Generalleutnant v. Major v. Pöschel im Generalstab der Generalinspektion der Kavallerie.

Der Chef des Generalstabes der Armee, Generaladjutant v. Wolff, ist erkrankt. Wie wir hören, wird ihr eventuell in den Tagen der Kaiserjubiläum vom 6. bis 10. September Generaloberst v. d. Goltz vertreten.

Seitern abend um 7 Uhr war bei Herrn Majestäten im Weißen Saal des königlichen Schlosses Paradeplatz. Der Kaiser sah hierbei zwischen der Kaiserin und der Kronprinzessin. Gegenüber den Majestäten saß der kommandierende General Generaladjutant v. Kövenerfeld.

### Österreich-Ungarn und Italien.

Das von dem Wiener K. K. Telegraphen-Bureau verbreitete, von uns gestern bereits erwähnte Kommuniqué hat nach einer Meldung aus Vich folgende Wortlaut:

Die Heise, die Marquis di San Giuliano nach Vich unternommen hat, um sich Kaiser Franz Josef vorzustellen, sowie die Bewegung des italienischen Ministers des Auswärtigen mit dem Grafen Wertheim, die vorher in Salzburg stattgefunden hat, sind ein neuer Beweis für die freundschaftlichen und vertrauensvollen Beziehungen zwischen Italien und Österreich-Ungarn. Diese Entzweiung hat den beiden Staatsmännern die Möglichkeit, einen den Allianzerhältnissen entsprechenden intimen Gedankenaustausch über die allgemeine Lage in Europa, wie auch speziell über die Verhältnisse im nahen Osten zu pflegen. In der Beurteilung dieser Fragen ergab sich eine erfreuliche Uebereinstimmung der Ansichten der Vertreter der beiden Kabinette, die vor allem auf die Aufrechterhaltung des Friedens und des Status quo gerichtet sind. Insbesondere erhoffen sie von dem neuen Regime in der Türkei eine Konsolidierung dieser letzteren und werden auch weiterhin das Gedeihen der Balkanstaaten mit ihren Sympathien begleiten.

In Bezugung dieses Kommuniqué sagt die Wiener Neue Freie Presse am Schluß ihres Artikels:

Die Intimität des Besuchs der Staatsmänner, von der es spricht, die freundschaftlichen, vertrauensvollen Beziehungen, welche es feststellt, haben infolge einer breiten Grundlage aus in der öffentlichen Meinung, als in Österreich-Ungarn wie in Italien sich die Ueberzeugung eingelebt hat, daß das Bündnis beiden Seiten den größten Nutzen bringt.

Das „Neue Wiener Abendblatt“ schreibt:

Es ist eine höchst bedeutende Auslegung, welche hier der Jesuitik übergeben wird. Die harte Betonung der Aufrechterhaltung des Friedens und des Status quo wird am Balkan überall dort sehr deutlich verstanden werden müssen, wo man etwa noch immer Ambitionen hegt, welche durchaus nicht im Sinne der den Frieden während der letzten Jahre bewirkenden Maßnahmen sind. Es ist der Friede, das geht sich wieder in der Rundgebung über die Ministerkonferenzen.

Beide Mütter werden übereinstimmend, daß die Courparles über die Frage der Grenzverhältnisse zwischen beiden Ministern soweit gegeben seien, daß von dem Zusammenritt einer besonderen Kommission zur Regelung dieser Angelegenheit Abstand genommen werden könne.

Die Audienz, die Marquis di San Giuliano am 1. cr. beim Kaiser vor sich hatte, dauerte über eine halbe Stunde. Der Kaiser verlieh dem Minister das Großkreuz des Leopold-Erdens. Marquis di San Giuliano überreichte dem Kaiser ein Handwrittenes des Königs Viktor Emanuel von Italien, in dem der König seine dem Kaiser zum Geburtstag telegraphisch übermittelten Wünsche in den herzlichsten Worten erneuert und den verbundenen Herrscher seiner freundschaftlichen Gefühle versichert. Kaiser Franz Josef sandte dem König Viktor Emanuel ein Danktelegramm, in dem er dem König bittet, überzeugt zu sein, daß er die ihm ausgesprochenen Gefühle aufrichtiger Freundschaft und Bundesgenossenschaft auf das warmste erwidere. Weiter betont der Kaiser, daß es ihm mit besonderer Genugthuung erfüllt habe, den hervorragenden Staatsmann Marquis di San Giuliano empfangen zu können.

Wittgen und Kaiser Franz Josef den Grafen Wertheimthal und den Marquis di San Giuliano in deren Kabinetsgespräch sowie den österreichisch-ungarischen Vizekönig in Rom und den italienischen Vizekönig in Wien zum Diner, abends auch Graf Wertheimthal ein Souper, an dem außer dem Marquis di San Giuliano die beiden Vizekönige teilnahmen.

### Deutsches Reich.

\* Die Kronprinzessin wird, wie Berliner Mütter melden, an der Reise ihres Gemahls nach Arien teilnehmen. Die Verlaute, wird sie jedoch, während ihr Gatte mit dem Panzerkreuzer „Gneisenau“ die Austrie unternimmt, sich auf dem Danubius nach Arien begeben, um dort mit ihrem Gemahl zusammenzutreffen.

\* Ueber die Frage der reichsgesetzlichen Regelung des Apothekenwesens finden sich in dem letzten veröffentlichten Geschäftsbericht des Deutschen Apothekervereins für 1909/10 einige Äußerungen, denen wir folgendes entnehmen:

Die Frage der reichsgesetzlichen Regelung des Apothekenwesens ist im Berichtsjahre, soweit es sich, nicht einen Schritt vorwärts getrieben; es hat sogar den Anschein, als ob man an einem neuen Punkte angelangt wäre. Seit der vorjährigen Konferenz ist zwar eine amtliche Aeußerung erfolgt, aber diese hat keine Stärkung gebracht. Am 4. März d. J. hat der Herr Staatssekretär des Innern im Reichstage auf eine Anfrage aus dem Hause mitgeteilt, das Material, das die öffentliche Diskussion über den vorläufigen Entwurf von 1907 gebracht habe, ist ausgearbeitet; es hätten sich jedoch bei der Durchsicht der ausgedruckten Wünsche und Forderungen einzelne Schwierigkeiten ergeben, die zu lösen man noch nicht in der Lage gewesen sei. Als eine solche Schwierigkeit bezeichnet der Herr Staatssekretär die Berücksichtigung der Augmentiert bei der Auswahl unter den Bewerber um eine Personaloffiziersstelle. Andere Schwierigkeiten aufzuführen, hat er unterlassen. Es hat den Anschein, als ob es sich dabei erst um Punkte handle, über die man selbst in Verhandlungen mit Bundesregierungen, die der Personaloffiziersstellen in ihrer reinen Form von vornherein zuweisen, nicht hinauskommt, und als ob die eigentlichen Schwierigkeiten erst beginnen würden, wenn das Problem der Personaloffiziersstellen zur Entscheidung gelangen soll. Scherzhaft machte die Erklärung den Eindruck, daß eine Einigung zwischen den Bundesregierungen

nach in der Ferne liegt, nachdrücklich sogar vorüberhand überaus ausfindig ist. Wahren und Sächlichen haben in der Praxis die Berücksichtigung eines Kandidatenwertes zugeordnet. Es ist nicht anzunehmen, daß diese Staaten ohne weiteres diesen, nach mehreren Schritten, benannten Grundlag aufzugeben geneigt sein werden; seine Fortwähren, wenn die Regelung durch das Reich ausbleibt. Sollen verbleibt nur nach Gemeindeparlamenten. Freuen hält an der reinen Personaloffiziersstellen als Grundgesetz fest, und es ist zu erwarten, daß die preussische Regierung nach dem Scheitern der reichsgesetzlichen Regelung des Weges zurück, der in der Begründung des Reichstages, von 1907 hergeleitet ist, die Einführung einer allgemeinen Betriebsabgabe zwecks Abklärung der übertragbaren Betriebsbedingungen mit Hilfe eines Verkaufspreises des Staates und einer staatlichen Kontrolle der Verkaufspreise. Die Folge einer solchen übertriebene Regelung wäre die Fortdauer der jetzigen Verhältnisse und die Verhinderung der reichsgesetzlichen Regelung auf absehbarer Zeit. Unter diesen Umständen ist es die Pflicht des Deutschen Apothekervereins, gerade im jetzigen Zeitpunkt erneut darauf hinzuweisen, daß eine Reform, die Erfolg und Dauer haben soll, nur durch das Reich und nur auf der Grundlage der Verantwortlichkeit der Reichsregierung möglich ist. In der letzten Zeit ist die öffentliche Meinung in Deutschland auf die Wichtigkeit der Sache aufmerksam gemacht worden. Gegen diesen Gedanken ist grundsätzlich nicht einzuwenden; er wäre jedoch nur unter der Bedingung in die Tat umzusetzen, daß staatlicher Zwang und Staatsgarantie für die Jansen gegeben würden. Voraussetzung für eine Unterbringung des Geschäftes durch den Deutschen Apothekerverein wäre freilich die Schaffung einer unabhängigen Kommission, die das Geschäft nicht die allgemeine Einführung der Personaloffiziersstellen. Von dem hier entwickelten Gesichtspunkte ausgehend, hat der Vorstand des Vereins folgende Entschlüsse zur Annahme empfohlen: „Der Deutsche Apothekerverein spricht sein großes Bedauern darüber aus, daß allem Anscheine nach eine Regelung des Apothekenwesens durch das Reich nicht zu erwarten ist. Er bezieht auf seiner Forderung der allgemeinen Durchführung der Verantwortlichkeit und Verantwortlichkeit aller Apothekenbetriebsrechte für das Reich wie für jeden Einzelstaat, betrachtet den von seinem Vorstande, dem Reichstage des Innern im Jahre 1908 überreichten, auf diesem Prinzip beruhenden Entwurf als die beste Grundlage für ein unabhängiges Vorgehen, daß das Geschäft nicht die allgemeine Einführung der Personaloffiziersstellen, sowie jede Abklärung der Entscheidung, deren Endziel die Personaloffiziersstellen ist oder sein kann, ab. Sollte dem Apothekerverein gegen seinen Willen die Personaloffiziersstellen aufgegeben werden, so muß den untergeordneten Reichsregierungen als verbindlich oder verbindlich behandelten Vorschlag angenommen werden, daß die Personaloffiziersstellen eine angemessene Berücksichtigung der öffentlichen Rücksichtungen und der Witten sowie ein Kandidatenwert sicherzustellen.“

\* Die Weisungen an ehemalige Kriegsteilnehmer. Nach einer Entscheidung des Reichsversicherungsamtes gelten die Weisungen an ehemalige Kriegsteilnehmer nicht als pensionsähnliche Bezüge im Sinne des § 48 Abs. 1 Ziffer 2 des Invalidenversicherungsgesetzes. Einem kriegsbedingten Verfallenen, der seit Jahren eine Invalidität im Jahresbetrage von 360 M. bezog, war als ehemaligem Teilnehmer an deutsch-französischen Kriege auf Grund des Gesetzes vom 22. Mai 1895 eine Weisung von jährlich 120 M. bewilligt worden. Beim Verfallenen übertrug unter Eingekommen der dem kriegsbedingten Verfallenen, dieser Rente. Das Reichsversicherungsamt sah die Weisung als pensionsähnlichen Bezug im Sinne des § 48 Abs. 1 Ziffer 2 des Invalidenversicherungsgesetzes an und erkannte demgemäß auf teilweise Rüben des Reiches auf den Weg der Rente. Dieser Auffassung des Reichsversicherungsamtes sind die Reichsregierungen nicht zustimmen. Die Reichsregierungen sind der Meinung, daß die Weisung nur dann als pensionsähnlich gelten, wenn neben der Leistungsfähigkeit bei seiner Zahlung belasteten Stelle auch die sonstige Gewähr für seine Fortdauer gegeben ist. Der letzteren Voraussetzungsmangel ist hier. Dem das Gesetz vom 22. Mai 1895 fest, daß die Weisung nur dann, wenn der ehemalige Kriegsteilnehmer Erwerbsunfähigkeit, Bedürftigkeit und Minderleistung aufweist, Eigenschaften, die in den §§ 3, 4 und 6 der Ausführungsbestimmungen über die Gewährung von Weisungen an Kriegsteilnehmer näher umschrieben sind. Dem Fortfall einer dieser Eigenschaften ist nach Artikel III § 4 des Gesetzes vom 22. Mai 1895 die Beendigung der Weisung einzuwenden. Nach § 13 der Ausführungsbestimmungen schreibt vor, daß den Kriegsteilnehmern von jeder Beendigung einer Weisung Kenntnis zu geben und hierauf zur Pflicht zu machen ist, bei Fortfall einer der Voraussetzungen für die Gewährung der Weisung zu berichten und namentlich anzugeben, sobald ein mit der Zulage bedachter Kriegsteilnehmer sich in der Lage befindet, die Weisung einzusetzen oder in einer geschlossenen Erwerbstätigkeit oder dergleichen Aufnahme gefunden hat. Ausdrücklich ist dort auch den Landesregierungen überlassen, die Verhältnisse der Weisung besonders in gewissen Ausnahmefällen einer erneuten Prüfung zu unterziehen. Hiernach ist keine sichere Gewähr für die Weiterzahlung der Weisung gegeben. Dem Reichsversicherungsamt ist im Sinne des § 48 Abs. 1 Ziffer 2 des Invalidenversicherungsgesetzes anzuschließen.

\* Aus Warburg-Hörter hat sich folgendes amtliches Wahlergebnis vor: Bei der am 30. August abgehaltenen Reichstagswahl für den Wahlkreis Warburg-Hörter, 5. Witten, wurden von 12 245 Wahlberechtigten 12 023 Stimmen abgegeben. Davon entfielen 11 901 Stimmen auf die Sozialdemokratische Partei (Centr.), 11 301. Schier-Wolff (Soz.), 579. Farrer Dr. Hille (Soz.) 101 Stimmen. Replizierten waren 42 Stimmen. Professor Gehrts ist gewählt.

\* Ueber 2000 streikende Werftarbeiter versammelten sich am Donnerstag auf dem Spielplatz an der Nordstraße zu Bremen und veranstalteten einen Demonstrationsumzug durch die Stadt nach dem Bürgerpark. Die Polizei schritt nicht (?) ein, obgleich der Umzug nicht angemeldet war.

Ferner geht uns folgende Drahtnachricht aus Hamburg zu: Die Organisationen der streikenden Werftarbeiter haben am 1. cr. den Gegenvorsatz der Werften abgelehnt, eine Besprechung mit Vertretern der Arbeiterorganisationen unter Hinzuziehung je eines Vertreters der Hirsch-Dunderschen und der christlichen Gewerkschaften sowie dreier Vertreter der nationalen Arbeitervereine auf den Werften abzuhalten. Dieser Beschluß macht die für Anfang nächster Woche beabsichtigte Besprechung unmöglich.

\* Ein zweiter Fall Schmier. Am München wird gemeldet: Der seit 1904 am Theum in Braunschweig als öffentlicher Professor der Archäologie und des Römischen wirkende Dr. Theol. et phil. Hugo Koch wurde unter Verbehaftung seines Zieles, Rang und Gehalts verurteilt. Der Grund dafür bildet sein Eintreten für die Umwandlung der Hochschule in eine Lehr- und Hochschule, wie ihn schon früher ergriffen, der Verfasser des Buches „Epitome und der römische Primat“, das auf den Index gesetzt ist. Er hat seinen Wohnsitz zurück in München.

\* Das Schlußstück des Deutschen Schlußstreiks. „Großherzogin Elisabeth“, ist am 1. September vollständig in Extern fördig angekommen.

\* Die Konferenz der Interparlamentarischen Union zu Brüssel hat am Dienstag nachmittags ihre Arbeiten beendet und bestimmt, daß am 10.11. die nächste Konferenz in Wien abgehalten werden soll. Ein Antrag des belgischen Deputierten Grand an, der verlangt, daß

man dahin wolle, daß die Staaten die Beschlüsse der Londoner Konferenz von 1908 annehmen. Ferner wird die Aufhebung des Seebereichs und die Verengung des Meeresbereichs auf Kriegsschiffe und besetzte Gewässer gemindert. Die Konferenz wünscht die Einleitung nationaler Verhandlungen, die jeweils Beschlüsse machen sollen für die Zugabe von Gebieten, die von der Konferenz als notwendig erachtet sind. Die Delegierten der Antich, das die Beschlüsse, Einleitungsmeinung auf 10 Pfennig pro 20 Gramm zu einem Maßstab sei. Ein entsprechender Antrag soll der nächsten Konferenz unterbreitet werden. Der König der Belgier hat für das an ihn gerichtete Begrüßungstelegramm seinen Dank ausgesprochen.

### Ausland.

Zu den Kretafragen. Wie aus Konstantinopel verläuft, herrscht in diplomatischen Kreisen der Kreta die Meinung vor, daß Venizelos, vielleicht auch Pologorgis, wenn ihre griechische Staatsangehörigkeit erwiesen wird, zur Nationalversammlung zugelassen werden, Kreta jedoch ausgeschlossen werden würden. Bei der Unterzeichnung mit dem türkischen Minister des Außeren behauptete Gyparis, daß Venizelos und Pologorgis hellenische Staatsangehörige seien. Die meisten der Kretenländer haben bereits auf dem Wege durch die türkischen Behörden den letzten Schritt der Affäre beantwortet. Nach einem Communiqué des Reichsbureaus sind die türkischen Behörden angewiesen, die Bestimmungen des Strafgesetzes sowie der Verordnung über den Belagerungszustand gegen die gewählten Delegierten und Beamten der Nationalversammlung des östlichen Patriarchats anzuwenden.

Jowoff. Der russische Minister des Außeren, Jowoff, der am 31. August von Egen am Legation in Wien angekommen war, ist am Donnerstag abend 1/11 Uhr nach Frankfurt a. M. abgereist.

Die Lage in Wilna. Wir erfahren von dort weiter unter dem 1. September: In der Stadt herrscht heute Ruhe. In einigen Stellen ist die Arbeit wieder aufgenommen worden. Die Regierung hat die Behörden angewiesen, alle zur Aufrechterhaltung der Ordnung erforderlichen Maßnahmen zu treffen, ohne jedoch die gesetzlichen Garantien aufzuheben. In Staropola sind mehrere Arbeiter in den Ausnahmestunden. Nach einer späteren Meldung aus Wilna haben die Behörden die Verhängung der Belagerungszustandes beschlossen.

Montenegro und Griechenland. In Egen des Kronprinzen von Griechenland veranlaßt König Nikolaus, die von einem Tschausabradie, in welchen er herbeigeführt, ein dauerndes Band der Sympathie und aufrichtigen Freundschaft zwischen Montenegro und Griechenland und den beiden Königshäusern befestigt.

Der Khan von China ist nach einer Meldung aus Tientsin an einem Herzschlage verstorben.

### Die Luftschiffahrt.

#### Ueber die Pyrenäen.

Der Luftschiffahrer von Bay hat beschlossen, einen Preis für jenen Mitarbeiter zu stiften, der zuerst mit einem Aeroplan die Pyrenäen überfliegen würde.

### Provinz Sachsen und Umgebung.

— Querfurt, 1. Sept. (Der Mordmord in Schraplau.) Der vor einiger Zeit beschlossene und in dem Ministerium gefestigte einseitige Landfrieden, welcher einem gewissen Mann in einem Falle in Weinstadt für Weinstätten über den Mordmord in Schraplau gemacht hatte und den dieser zur Anzeige gebracht, kann nach Gegenüberstellung mit dem Zeugen nicht als Täter in Frage kommen. Der Mörder wird von dem Zeugen als bedeutend älter und mit hartem Schurzhaar charakterisiert. Der Mann ist aber nicht behaart, da er sich wegen Diebstahls zu verantworten hat.

— St. Asmus, 1. September. (Eine dunkle Affäre.) Am 1. Oktober d. J. wird der links der Bahnstraße Galle-Gelenz zwischen den Stationen Nilschmar und Nilschmar neuerdings Hauptpunkt Groß-Asmus für den Personen- und Gepäckverkehr einbetrieben werden.

— Nohlan, 1. September. (Eine dunkle Affäre.) Ein Bewohner der Wälderzeitze zu Nohlan verurteilte, seine neunjährige Sohn in der Kiste zu extrahieren. Was den Vater hierzu bewog, entzieht sich bisher der Kenntnis.

— Döhrup, 1. September. (Wegen des Doppelanmordes in Döhrup.) Über den hier bereits berichteten, wurde, wie der „N. N.“ meldet, heute nach dort der 31jährige Wälderzeitze, der Sohn des Vaters, der Döhrupener Döhrup, verurteilt. Er wurde verurteilt, die Wälderzeitze zum Tode zu verurteilen. Die Wälderzeitze wurde in Döhrup mit Weisung erwidert, wie für fünfjährige Sünden tödlich verurteilt zu haben.

— Ethenau, 31. Aug. (Die Eisenacher Oberbürgermeisterwahl.) Nachdem in diesen Tagen die von dem Bürgerausschuß nach Ethenau gewählte Kommission der Bürgerausschuß bereits entlassen haben, heute abend im „Ethenau“ durch die bisherige Stelleninhaber, Oberbürgermeister Schmidt, zum Wort, der sich bezieht auf den Posten wieder mit beworben hat, aber nicht zur eigenen Wahl gestellt worden ist. Der Wahl hat bereits lange vor Beginn der Versammlung mit allen seinen Nebenräumen im letzten Wahlgang gefüllt, und Quartette müssen ununterbrochen wieder umhören. Oberbürgermeister Schmidt wurde bei seinem Erscheinen kühnlich begrüßt und die Versammlung gestaltete sich zu einer großen Vertrauensumgebung für denselben. In 15 Minuten Rede gab Oberbürgermeister Schmidt einen off durch die Fall unterbrochenen Redeinhalt über seine bisherige Tätigkeit. Er schloß seine Rede mit den Worten: „In den Händen der Bürgerwahl liegt mein Schicksal, der man mich seit 6 Monaten ausgespart hat und hütlos machen will, und das der Stadt. — Langanhaltender Beifall folgte der Rede, an die sich eine längere Debatte knüpfte. In derselben traten außer auch ein Mitglied der Arbeitervereine für die Wiederwahl Schmidts ein.“

— W. Leipzig, 2. Sept. (Zwei Kinder von Vater ermordet?) Der Agent Ernst Rebe wurde scheinbar in Lindeborn wohnenden festgestellt, daß er beide Kinder im Alter von 6 und 10 Jahren mit Panzoli vergiftet und daß man die Leiden in Gefängnissen auf dem Felde finden werde. Die Leiden der Kinder wurden tatsächlich an der besagten Stelle gefunden. Von dem Mörder sieht jede Spur.

— W. Leipzig, 2. Sept. (Ein Brand) hat in der letzten Nacht in Mühlitz im sächsischen Erzogthum sechs Wohnhäuser und mehrere Scheunen eingestürzt. 15 Familien wurden dadurch obdachlos.

### Aus Nah und Fern.

Ein deutsches Schiff in gefährlicher Lage. Nach einer Meldung aus Punta Arenas ist das deutsche Schiff „Sachsen“ von Antwerpen nach Gallapagos in gefährlicher Lage in der Nähe von Antwerpen (bei Guernsey) verlaufen. Die Mannschaft ist in Ulfuana gelandet.



